

Sehr geehrte Anwesenden, herzlich Willkommen zu meiner Gerichtsverhandlung wegen Sachbeschädigung durch Aufkleber.

Ich bin Laura, 28 Jahre alt und habe mein Studium erfolgreich beendet. Im Bachelor habe ich Umweltwissenschaften an der Leuphana Universität in Lüneburg studiert. Im Studium habe ich gelernt, Strategien für eine sichere, lebendige und gerechte Zukunft zu entwickeln. Dafür wurden Sozial- und Naturwissenschaften verbunden um sowohl Natur- als auch humanwissenschaftliche Aspekte bewerten zu können und auf dieser Grundlage ganzheitliche Lösungen für Nachhaltigkeitsherausforderungen zu entwickeln. Die Leuphana gehört zu den Pionieren im Bereich der inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung. Damals dachte ich, wenn wir Lösungsstrategien entwickeln, um globale Ungerechtigkeiten zu beseitigen, dann muss sich doch etwas ändern. Mit der Zeit merkte ich, es gab tausende Lösungsansätze, tausende Forschungsprojekte und wissenschaftliche Arbeiten zu allen möglichen Themen. Es scheiterte doch an der Umsetzung.

Direkt nach der Schule habe ich im Rahmen eines FSJs ein Jahr in Indien gelebt und durfte miterleben, wie Menschen schon damals 2016 direkt von der Klimakrise betroffen waren – Überschwemmungen, Dürreperioden und die ständige Anpassung an extreme Wetterbedingungen sind dort schon seit langem Alltag. Mit Freund*innen von dort habe ich bis heute Kontakt und ich habe Angst um sie. Und ich fühle mich verantwortlich für das Leid. Deutschland gehört zu den reichsten Industrienationen und ist einer der größten historischen CO₂-Emittenten. Unser Wohlstand basiert auf der Ausbeutung des globalen Südens. Diese Ungerechtigkeit kann ich nicht einfach hinnehmen – und diese Ungerechtigkeiten finden einfach kein Ende obwohl längst klar ist, dass es so nicht weitergehen kann.

Deshalb habe ich mich dazu entschieden meinen Master in Hohenheim in Agricultural Sciences in the Tropics & Subtropics zu machen. Das ist ein internationaler Studiengang für entwicklungsorientierte Agrarforschung und basiert darauf, dass Klimakrise und verstärkte Ressourcennutzung die Lebensgrundlage von Millionen Menschen und Kleinbauern bedrohen. Damit ist auch die globale Nahrungssicherheit gefährdet, wenn wir uns mal bewusst machen wie viel von unseren Nahrungsmitteln importiert wird aus Ländern, in denen Menschen Hunger leiden, absurd, oder? Auch hier ging es um Forschung, wie immer an der Uni und auch ich folgte dem Muster und ging ein halbes Jahr in eine Ölpalmpflanzung in Indonesien, um herauszufinden ob es Sinn macht für die Biodiversität als auch für Kleinbauern Waldinseln in Ölpalmpflanzungen zu integrieren. Überraschung: Ja das tut es. Aber welcher Großgrundbesitzer macht sich diese Arbeit? Genau – Keiner. Also reiht sich auch dieses Forschungsergebnis ins Regal ein neben viele Weitere, ohne jemals umgesetzt zu werden, denn solange Großkonzerne und Großgrundbesitzer keinen finanziellen Nutzen in einer Maßnahme sehen und sowieso tun und lassen dürfen, was sie wollen, sieht auch die Regierung keinen Nutzen darin und wird daher auch niemanden dazu verpflichten Maßnahmen umzusetzen, die dem Profit im Weg stehen könnten. So ist das nun mal in einem globalen kapitalistischen

System in dem wirtschaftliche Interessen dominieren. Damit wird auch deutlich, dass es sich um ein systematisches und strukturelles Problem handelt, das definitiv nicht allein durch unser individuelles Verhalten bzw. Konsumverhalten gelöst werden kann. Es ist unmöglich in diesem System klimaneutral zu leben, solange nichts geändert wird. Wenn also ein Studium, eine Arbeit und eine Partei im Bereich der Nachhaltigkeit nicht ausreicht, braucht es politische Aktionen, um einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Nun stehe ich vor Gericht wegen einer Sticker-Aktion, die auf die Machenschaften der LBBW aufmerksam machen sollte. Während unsere Regierung ihre Pflicht zum Schutz unserer Lebensgrundlagen ignoriert, damit die Verfassung bricht und Unternehmen wie die LBBW ungehindert Profite aus der Zerstörung unseres Planeten schlagen, werde ich kriminalisiert. Das ist absurd, insbesondere angesichts der aktuellen Klimakrise, die bereits viele Menschenleben gefordert hat.

Die Klimakrise gerät aktuell außer Kontrolle, die ersten Kipppunkte sind bereits erreicht. Die globalen Temperaturen erreichen jeden Monat neue Rekorde seit Juni 2023 und auch die Temperatur der Meere ist viel zu hoch, und während in anderen Regionen schon seit Jahren ein Kampf ums Überleben herrscht, werden die Katastrophen so langsam auch bei uns immer präsenter, wie die Überschwemmungen in den letzten Wochen deutlich zeigen. Das sind keine Jahrhundertregen, diese Starkregenereignisse werden wir in Zukunft sehr viel häufiger erleben. Und auch hier werden sie Menschenleben fordern und einen Schaden verursachen den keine Versicherung der Welt zahlen kann.

Doch anstatt zu handeln und CO₂ einzusparen, wird die fossile Infrastruktur massiv ausgebaut, finanziert unter anderem von der LBBW während Politiker*innen in Hochwassergebieten posieren, und gleichzeitig Klimaziele verfehlen und den Ausbau fossiler Energien fördern. CDU und CSU wahlwerben sogar mitten in der Hochwasserkatastrophe für den Verbrennermotor, während Markus Söder durch die Fluten wadet. Bundeskanzler Olaf Scholz steht im Regenoutfit im Hochwasser, während ein Expertenrat aufzeigt, dass Deutschland seine Klimaziele verfehlen wird (<https://www.tagesschau.de/kommentar/kommentar-gummistiefel-politik-100.html>).

Der Expertenrat Klima betont in seinem Gutachten außerdem, dass Deutschland nicht auf dem Weg ist, bis 2045 klimaneutral zu werden. Bis 2040 wird die deutsche Volkswirtschaft laut aktueller Prognosen 278 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zu viel ausstoßen (<https://www.tagesspiegel.de/politik/expertenrat-kassiert-habecks-grosste-erfolgsmeldung-deutschland-ist-doch-nicht-auf-kurs-beim-klimaschutz-11755925.html>). Auch die LBBW trägt zu diesem Desaster bei: Sie investierte rund 150 Millionen Euro in 24 fossile Firmen (Stand August 2023) das macht sie zum 9.-größten Investor in fossile Unternehmen in Deutschland (<https://investinginclimatechaos.org/>). Allein in RWE investierte die LBBW knapp 10 Mio € und liegt damit unter den deutschen Investoren auf Platz 8. Im letzten Jahr wurde außerdem bekannt, dass die LBBW maßgeblich an Projekten wie dem umweltschädlichen Braunkohleabbau in der Türkei beteiligt ist. Recherchen ergaben, dass die Bank im Januar 2018 einen Kredit über 180 Millionen US-

Dollar vergeben hat. Abgewickelt wurde das Kreditgeschäft auf Seiten der LBBW von der Abteilung "Export Finance Origination" am Stuttgarter Hauptsitz. Und das alles passiert, obwohl die Bank behauptet, und auf ihrer Website angibt höchste Nachhaltigkeitsstandards einzuhalten

(<https://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/657/schwabengelder-fuer-klimakiller-9155.html>). Diese Aktivitäten der LBBW sind nicht nur umweltschädlich, sie fördern auch soziale Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen an den Orten der Zerstörung.

Die LBBW ist die größte Landesbank und eines der zehn größten Kreditinstitute in Deutschland. Sie gehört zu 40% dem Land Baden-Württemberg, zu 40% dem Sparkassenverband Baden-Württemberg und zu fast 20% der Landeshauptstadt Stuttgart. Kein Wunder also, dass dieses Verfahren von öffentlichem Interesse ist und das Nichts-Tun unserer Regierung widerspiegelt, und einmal mehr beweist dass Wirtschaft und Profit in unserem System über dem Schutz von Natur-, Tier-, und Menschenleben stehen.

Dabei wurde die Baden-Württembergische Landesregierung schon 2022 wegen Verstoß gegen das eigene Klimaschutzgesetz verurteilt. Unter Anderem gefährden neue Gas-Verträge Baden-Württembergs Klimaziele. Baden-Württemberg will bis 2040 klimaneutral sein. Doch die Landesunternehmen EnBW und LBBW investieren in amerikanisches Fracking-Gas, das auch vor Ort die Natur zerstört.

Zitat Deutsche Umwelthilfe: "Die EnBW wird jetzt als staatliches baden-württembergisches Unternehmen Flüssiggas über den Zeitraum von zwanzig Jahren importieren. Das muss man sich mal vor Augen halten: Wir wollen bis zum Jahr 2045 klimaneutral sein, Baden-Württemberg hat sich das für 2040 vorgenommen. Wenn man sich dann bis 2046 vornimmt, fossiles Gas zu kaufen und anschließend zu verbrennen, ist das eigentlich logisch, dass man seine Klimaziele nicht mehr erreichen kann." Die LBBW macht Geschäfte mit fossilen Brennstoffen. Sie ist mindestens auch an 5 weiteren LNG-Anlagen durch ihre sogenannten „Project Finance Americas Credentials“ in den USA und Kanada beteiligt. (Infos zum Fracking-Gas Vertrag hier: https://drive.google.com/file/d/1bi7JDgIikC3_Ajvf38Y_FXAiapeGQemL/view)

Warum stehe ich also vor Gericht und nicht die LBBW, EnBW oder unsere Bundesregierung? Diese unverhältnismäßige Kriminalisierung von friedlichen Klimaaktivist*innen haben nicht zuletzt auch Amnesty International in Deutschland angeprangert. Ich sehe darin eine Entlarvung unseres Systems welches sich auf die Füße getreten fühlt und scharf zurück bellt. Der Staatsschutz reagierte auf die gewaltfreie Aktion am Weltspartag 2021 mit einer unverhältnismäßigen Repressionswelle, inklusive Hausdurchsuchungen und Strafbefehlen von bis zu 2500 Euro. Dies zeigt erneut, wie der Staat Klimaschützer*innen kriminalisiert, während Großkonzerne unbehelligt bleiben. Der Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen Gruppen wie die Letzte Generation ist ein weiteres Beispiel dafür. Diese Kriminalisierung zeigt, wie weit der Staat bereit ist zu gehen, um Menschen zu verfolgen, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzen.

Und so sehr mir das alles Angst macht, so sehr mich die Hausdurchsuchung auch heute noch belastet, kann ich nicht dabei zusehen, wie unsere Welt vor die Hunde geht. Im Grundgesetz steht, wenn unrecht passiert sind wir moralisch dazu verpflichtet dagegen aufzustehen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen. (Blöd nur dass alle Anderen nur daran interessiert sind sie kaputt zu machen). Der anhaltende Hungerstreik „Hungern bis ihr EHRlich seit“ von Wollli und vier weiteren Menschen in Berlin zeigt die Verzweiflung und Dringlichkeit unserer Lage. Wir brauchen keine Mehrheiten, wir brauchen Maßnahmen und schnelles Handeln.

Die LBBW rühmt sich mit Nachhaltigkeitsstandards, doch ihr Handeln steht im krassen Widerspruch dazu. Ihre Investitionen in fossile Energien und die Finanzierung von umweltschädlichen Projekten entlarven die Heuchelei. Die LBBW hat durch die Sticker-Aktion am Weltspartag keinen wirklichen Schaden erlitten – ihre angeblichen „Reinigungskosten“ sind im Vergleich zu den Profiten und den durch sie verursachten Umweltschäden lächerlich. Wir stehen vor einer existenziellen Bedrohung und brauchen dringend Maßnahmen, keine leeren Versprechungen. Während der COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass rasches und entschlossenes Handeln möglich ist. Warum nicht auch im Klimaschutz? Die Naturzerstörung und der Krieg als Geschäftsmodell müssen ein Ende haben. Wir müssen handeln. Und ich kann nicht anders, als mich gegen diese Ungerechtigkeiten zu stellen. Meine Privilegien erlauben es mir, für die aufzustehen, die keine Stimme haben. Der Klimakollaps wird nicht nur unsere Umwelt zerstören, sondern auch unsere Gesellschaften, und keine Versicherung der Welt kann diesen Schaden ausgleichen.

Vielen Dank.